

Westmächte im Ukraine-Krieg

"Der Westen nimmt sich wichtiger, als er noch ist"

Arvid Bell war mal ein linker Grüner Friedenspolitiker, heute berät er US-Militärs. Die deutsche Ukraine-Politik hält er für zu moralisch und selbstbezogen.

Interview: Lenz Jacobsen

17. April 2022, 16:29 Uhr

Von 2008 bis 2010 war Arvid Bell ehrenamtliches Mitglied im Parteirat der Grünen und machte sich im linken Flügel der Partei einen Namen, unter anderem als Gegner von Rüstungsexporten und Militäreinsätzen. Mittlerweile ist er Lehrbeauftragter an der Harvard Universität und Direktor der "Negotiation Task Force" am dortigen Davis Center for Russian and Eurasian Studies, wo er die Rolle von Verhandlungsstrategien in der Deeskalation von Konflikten erforscht. Hierzu hat er Krisengebiete in Osteuropa, Zentralasien, und dem Nahen Osten bereist, und Nato-Einsatzkräfte und Parlamente beraten. Wie blickt der 37-Jährige auf den westlichen Umgang mit dem russischen Angriffskrieg und das Verhalten seiner alten Partei?

ZEIT ONLINE: Herr Bell, Sie sind gerade auf dem Weg zu einer Basis der US-Armee in Mississippi. Was machen Sie da?

Arvid Bell: Ich halte dort einen Vortrag vor Spezialkräften der Navy, wie man besser verhandelt. Wir reden über Interessenausgleich in Verhandlungen, wie man internationale Allianzen effektiver gestalten kann und darüber, wie man der Gegenseite besser zuhört.

ZEIT ONLINE: Sie waren früher mal ein linker, antimilitaristischer Grüner. Heute trainieren Sie also unter anderem Militärs. Wie verträgt sich das?

Bell: Das hat sich durch meinen Beruf und meine Erfahrung in den USA geändert. Ich habe Vorurteile abgelegt. Vor vielen Soldaten, mit denen ich hier zu tun habe, vor allem Offiziere und Spezialkräfte, habe ich großen Respekt. Die sind klug und gut ausgebildet. Das sind die Letzten, die in den Krieg ziehen wollen und die Ersten, die dir sagen, wie schlimm militärische Gewalt wirklich ist. Eben weil sie das selbst erlebt haben. Ich habe für mich jetzt die Linie dort gezogen: Ich helfe niemandem, effizienter zu töten. Aber ich helfe, Konflikte verbal effektiver zu managen. Deeskalation statt Eskalation. Verhandeln statt Gewalt. Wie man das am besten macht, darüber rede ich mit Journalistinnen in Afghanistan genauso wie eben mit den Soldaten auf diesem Marine-Stützpunkt.

ZEIT ONLINE: Man kann den Eindruck haben, dass nicht nur Sie, sondern auch Ihre alten Parteifreunde längst von ihrem Antimilitarismus abgekommen sind. Die Grünen sind im Ukraine-Krieg am deutlichsten für Waffenlieferungen. Wie nehmen Sie die deutsche Debatte aus der Ferne wahr?

Bell: Mich irritiert die starke moralische Aufladung, die nicht nur, aber vor allem von den Grünen betrieben wird. Das sehe ich so im Vergleich in anderen Ländern nicht. In Deutschland stehen emotionale Bilder und Geschichten sehr im Vordergrund: Die Kinder, die vor den Bomben in die U-Bahn-Stationen fliehen, die Toten in Butscha mit den auf den Rücken gebundenen Händen – das ist alles schrecklich. Und gerade die Grüne wertebasierte Außenpolitik muss sich darüber auch empören und moralisch sein. Aber sie paart sich jetzt auf ungesunde Art mit einer neuen Bereitschaft zur Militarisierung. Diese Mischung scheint mir nicht ohne Risiko und Nebenwirkungen.

Bell: Es gibt jetzt den Wunsch, sich mit den aufrechten Ukrainern zu identifizieren und mit ihnen zusammen die Horden der Finsternis zu besiegen. Die Ukraine hat das Recht, sich gegen einen

illegalen Angriffskrieg zu wehren. Aber gerade in Deutschland, aber auch im gesamten Westen, ist man geschichtlich und moralisch nicht dazu legitimiert, sich als weißer Ritter aufzuspielen. Wenn man zurückschaut, auch in die Geschichte der Grünen: Warum waren Leute wie Petra Kelly (Mitgründerin der Grünen, Anm. d. Red.) so überzeugend? Weil sie ihr wertebasiertes Handeln mit Gewaltfreiheit verbunden haben, und gerade eben nicht mit Militanz. Ich persönlich bin gar nicht kategorisch gegen Militär und Auslandseinsätze. Aber mich beunruhigt, dass die neue Bereitschaft zu militärischer Gewalt nicht eingehetzt wird von den Überlegungen des internationalen Rechts, sondern von Fragen der Moral und der Gesinnung. Denn über Moral wird sich nie ein universeller Konsens herstellen lassen; moralische Fragen können in der Welt immer unterschiedlich ausgelegt werden. So wird man also nicht zu einer weltweiten Antwort darauf finden, wie mit diesem Krieg und Kriegen generell umzugehen ist.

ZEIT ONLINE: Aber die Einstufung dessen, was beispielsweise russische Soldaten in Butscha anrichten, ist doch keine Frage der Moral oder der Gesinnung.

Bell: Nein. Aber haben Sie die Ukraine-Debatten in der UN-Generalversammlung und im UN-Sicherheitsrat verfolgt? Das war sehr aufschlussreich. Manche westliche Außenminister sind dort sehr empört und moralisch aufgetreten, haben über sterbende Kinder gesprochen, über Bombenhagel und so weiter. Das kommt nun mal in vielen Teilen der Welt schlecht an, wo teilweise über Jahrzehnte westliche Bomben gefallen sind und Kinder getötet haben. Die USA haben den Irak 20 Jahre bombardiert.

ZEIT ONLINE: Das macht ja den russischen Angriffskrieg nicht weniger schlimm.

Man wird weltweit keinen Konsens gegen den russischen Angriffskrieg organisieren können, wenn man das zu sehr moralisch auflädt.

Arvid Bell

Bell: In der Tat, aber darum geht es auch nicht. Der Punkt ist: Man wird weltweit keinen Konsens gegen den russischen Angriffskrieg organisieren können, wenn man das zu sehr moralisch auflädt. Zu viele Länder in der Welt wissen genau, wie brutal westlicher Imperialismus und Kolonialismus war. Ich komme gerade aus Vietnam, da haben die USA Hunderttausende Menschen umgebracht, Folter unterstützt, und Agent Orange gesprüht. Ich habe dort einen Studenten getroffen, der hat eine Ukraine-Flagge in sein Instagram-Profilbild gepackt, einfach weil er fand, dass es nicht in Ordnung ist, ein anderes, kleineres Land zu überfallen. Aber die Generation seiner Eltern ist von den Amerikanern bombardiert worden. Die Vietnamesen haben so viel westlichen Terror erlebt, und nicht nur die, diesen Studenten können wir doch jetzt nicht mit moralischer Empörung und Überheblichkeit kommen. Wenn man die ganze Zeit über getötete Kinder spricht, fragt sich ein großer Teil der Welt: Was ist mit den irakischen Kindern, die im Bombenhagel gestorben sind? Was ist mit den afghanischen Hochzeitsgesellschaften, die weggebombt wurden? Wo ist eure Empörung, wenn ihr selber die Bomben werft?

"Diese Anmaßung hinkt der Realität hinterher"

ZEIT ONLINE: Trotzdem müssen die aktuellen Verbrechen klar benannt werden. Auslöser der moralischen Empörung sind ja Völkerrechtsverstöße.

Bell: Aber, und das klingt brutal: Dem Völkerrecht geht es nicht darum, welche Kinder wo in U-Bahn-Stationen sitzen. Sondern darum, ob ein Land erstens das Recht zu einem Krieg hat und ob es sich zweitens dabei an das Kriegsrecht hält. Beides hat Putin offenbar nicht. Sein Krieg ist also ein doppelter Rechtsbruch. In den UN-Debatten zur Ukraine haben Länder wie Kenia oder Singapur viel nüchtern argumentiert. Kenia hat argumentiert, dass man nicht einfach Grenzen verletzen und gewaltsam verschieben kann, dass man so heute keine Konflikte mehr löst. Und Singapur hat klargestellt, dass es als kleiner Staat kein Interesse hat, in einer Welt zu leben, in der Großmächte

sich einfach nehmen, was sie können, und die anderen müssen zusehen. Das ist eine Sorge, die ich auf Reisen in vielen Ländern wahrnehme, die im Einflussbereich großer Mächte stehen, sei es in Asien oder in Osteuropa. Kenia und Singapur haben also völkerrechtliche Argumentationen genutzt, über die sich viel leichter ein Konsens herstellen ließe darüber, dass Russland sanktioniert und isoliert werden muss. Es geht darum, eine Welt zu verhindern, in der wieder allein das Recht des Stärkeren gilt. Das ist, worauf man sich einigen könnte, egal was für eine Moral man hat.

ZEIT ONLINE: Noch mal zur Moral und zur Empörung: Vielleicht lassen sich westliche Gesellschaften im Inneren nur mithilfe solcher Empörung dazu bringen, überhaupt zu handeln. Vielleicht müssen Baerbock und andere von bombardierten Kindern erzählen, um ihren Wählerinnen und Wählern dann auch, quasi zur Verteidigung dieser Kinder, etwas zumuten zu können.

Bell: Das ist eine sehr gute Frage und wahrscheinlich ist da was dran. Aber es ist auch Aufgabe von Politik, weiterzudenken. Wie hilfreich ist es, dass große Teile der eigenen Bevölkerung gegen Russland moralisch so aufgepeitscht sind, wenn es doch mittelfristig eine Sicherheitsordnung in Europa nur mit Russland geben kann?

ZEIT ONLINE: Oder eine Isolierung Russlands.

Bell: Haben Sie wirklich den Eindruck, dass Russland gerade komplett isoliert wird? Angesichts des Verhaltens von China oder Indien, von Brasilien, von den zentralasiatischen Staaten? Eher nicht, oder? Das Beste, worauf man aus westlicher Sicht noch hoffen kann, ist, dass China und Indien die Sanktionen nicht völlig offensichtlich unterlaufen.

ZEIT ONLINE: Das heißt, westliche Staaten kümmern sich zu wenig um Dritte, die sie eigentlich für ihre Russlandpolitik bräuchten.

Bell: Aber hundertprozentig! Das ist Teil der westlichen Hybris. Westliche Politikerinnen und Politiker reden jetzt gern von einer "regelbasierten internationalen Ordnung". Ich frage mich immer, was die damit eigentlich genau meinen. Wenn sie das Völkerrecht meinen, warum nennen sie es dann nicht so? Dann müssten sie allerdings auch mal darüber reden, wo der Westen es gebrochen hat und so zur Erosion internationaler Normen und Verträge beigetragen hat. Oder, das ist mein Verdacht, meinen sie damit doch wieder nur die Regeln, die sie allein für den Rest der Welt setzen wollen? So funktioniert diese Welt aber nicht mehr, diese Anmaßung hinkt der Realität einfach hinterher. Der Westen kann keine global gültigen Regeln mehr setzen. In vielen Politikfeldern wäre gerade Russland noch ein guter Verbündeter gewesen. Bei Rüstungskontrolle und nuklearer Abrüstung haben die USA, Europa und Russland alle ein Interesse daran, dass auch China anfängt, seine Arsenale politisch einzuhegen. Auch das ist nun vorbei. China wird jetzt im Indopazifik noch hemmungsloser aufrüsten, und falls der Westen und Russland irgendwann wieder zusammenfinden, um etwas dagegen zu unternehmen, wird es zu spät sein. Über solche Entwicklungen müssen wir jetzt nachdenken, uns auch strategisch um andere Weltregionen kümmern. Empörung ist noch keine Strategie.

ZEIT ONLINE: Die grüne Außenministerin will eine werte- statt einer interessengeleiteten Außenpolitik. Sie würden wahrscheinlich sagen: Es müsste eine völkerrechtsgeleitete Außenpolitik sein.

Bell: Ja. Wobei Interessen und Werte dazu gehören können. Es ist nichts Schlimmes daran, wenn man sich als Gesellschaft über seine Prioritäten klar wird und darüber, was man überhaupt erreichen will. Wertegebunden sollte Außenpolitik vor allem sich selbst gegenüber sein – dass man also keinesfalls die Werte, die man vertritt, selbst verletzt. Dass man die humane Behandlung von Geflüchteten, von der man redet, auch selbst praktiziert beispielsweise.

"In Verhandlungen geht es nicht um die Wahrheit"

ZEIT ONLINE: Eine Außenpolitik, die auf dem Völkerrecht basiert, hat das Problem, dass Brüche des Völkerrechts bisher selten bestraft werden. Ein Recht, bei dem Verstöße folgenlos bleiben, ist vielleicht nicht sehr stark.

Bell: Wir müssen das Völkerrecht und die Einigkeit der Staaten nicht schwächer reden, als sie sind. Es war spektakulär, wie isoliert Russland in der Generalversammlung der UN war: 141 Staaten haben die Invasion als völkerrechtswidrig verurteilt, nur vier Staaten haben mit Russland gestimmt. Das müssten alle, denen Frieden und internationales Recht wichtig sind, viel, viel mehr feiern, darüber müsste man viel mehr reden. Auch in der Begründung neuer Sanktionen: Die braucht es nicht deshalb, weil die Russen alle böse wären, sondern weil die russische Regierung eine konkrete Regel gebrochen hat. Nämlich das zwischenstaatliche Gewaltverbot. Und noch etwas anderes ist interessant.

ZEIT ONLINE: Was?

Bell: Ich war oft in Russland und habe auch jetzt noch Kontakt dorthin. Westliche Presseberichte werden dort, wenn sie durchdringen, nicht mehr besonders wichtig genommen. Aber wenn mal eine Stimme aus anderen Teilen der Welt durchdringt, wenn beispielsweise eine Professorin aus Brasilien sich äußert oder wenn ein chinesischer Experte sagt: Moment mal, was ihr da gerade in der Ukraine macht, ist genauso falsch wie das, was die Amerikaner im Irak gemacht haben – das erreicht die Leute viel eher. Auch hier gilt: Der Westen nimmt sich selbst wichtiger, als er noch ist.

ZEIT ONLINE: Dazu passen Berichte, dass die russische Desinformation gar nicht mehr so sehr auf den Westen zielt, sondern auf Südamerika, Afrika, Asien. Dort ist sie auch viel erfolgreicher.

Bell: Genau! Das ist alles ein riesiger blind spot westlicher Politik.

ZEIT ONLINE: Sie haben sich als Mitglied des Grünenparteirats immer gegen Rüstungsexporte in Krisengebiete ausgesprochen. Würden Sie heute Waffenlieferungen in die Ukraine zustimmen?

Die Erkenntnis der Friedensforschung, dass mehr Waffen nicht zu Frieden führen, sondern zu mehr Gewalt, Wettrüsten, und Instabilität, die ist ja nicht hinfällig durch diesen Krieg.

Arvid Bell

Bell: Ich bin froh, dass ich diese Entscheidung nicht treffen muss. Denn die Erkenntnis der Friedensforschung, dass mehr Waffen nicht zu Frieden führen, sondern zu mehr Gewalt, Wettrüsten und Instabilität, die ist ja nicht hinfällig durch diesen Krieg. Andererseits verstehe ich, dass man in diesem Fall, wo die Ukraine das Opfer eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges ist, vielleicht eine Ausnahme machen will.

ZEIT ONLINE: Lassen Sie damit nicht genau jene Moralisierung zu, die Sie beklagen? Waffenlieferungen sind falsch, aber weil uns die Ukrainer so nahe und eindeutig Opfer sind, machen wir doch eine Ausnahme.

Bell: Das kann sein. Es ist sicher ein Grenzfall.

ZEIT ONLINE: Sie sind Experte für Verhandlungen in Konfliktsituationen und haben unter anderem darüber geschrieben, welche Rolle "Gerechtigkeitsansprüche" in Friedensverhandlungen spielen. Wie schätzen Sie die Gespräche zwischen russischen und ukrainischen Delegationen ein?

Bell: Wenn man in seinem Gegenüber am Verhandlungstisch eine Bande drogenabhängiger Nazis sieht oder eine Horde von Kriegsverbrechern, wird es jedenfalls nicht einfacher, sich auf einen Waffenstillstand zu einigen.

ZEIT ONLINE: Aber die eine Aussage ist doch deutlich näher an der Wahrheit als die andere.

Bell: Ja. Aber in Verhandlungen geht es nicht um die Wahrheit. Sondern um Interessen.

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-04/westmaechte-ukraine-krieg-russland-moral-werte>